

Internetpolitik in Deutschland

Vom Mythos der Unregulierbarkeit

Eine Analyse der deutschen Internetpolitik von 1996 bis 2003

	Seite
Inhaltsverzeichnis	7
Einleitung	12
Problemstellung	13
Aufbau der Arbeit	16
Untersuchungszeitraum	17
Bestimmung des Analysebereiches	18
Forschungsstand	23
Quellenlage	33
Technische Hinweise	35
 A. Grundlagen der Internetpolitik in Deutschland	 37 - 64
 I. Die Entwicklung des Internet – Ein Abriss über Geschichte, technische Grundlagen und Verbreitung des Internet	 37
II. Fehlstart in den 80ern? – Die Bundesregierung setzt auf falsche Technik	43
III. Informations- und Kommunikationsdienstegesetz (IuKDG) und Mediendienste-Staatsvertrag (MDStV)	47
1. Kompetenzproblematik – Der Bund-Länder-Streit um IuKDG und MDStV	47
2. Die Regelungsinhalte der Gesetze	53
3. Kritik an Kompetenzverteilung und Regulierungsansätzen	57
4. Die Evaluierung des IuKDG	59
5. Bewertung von Entstehungsprozess und Regelungsinhalten des IuKDG und des MDStV	63
IV. Ergebnisse	64

	Seite
B. Akteure und Zielvorstellungen	65 - 141
I. Die Bundesregierung	65
1. Vergleich der Internet-Programme der Regierung Kohl und der Regierung Schröder	65
2. Kompetenzverteilung in der Bundesregierung	71
3. Bewertung	74
II. Aktivitäten auf Ebene der Bundesländer	75
III. Parteien und Politiker	78
1. SPD	79
2. CDU und CSU	83
3. FDP	88
4. Bündnis 90/Die Grünen	91
5. PDS	95
6. Parteiübergreifende und interfraktionelle Zusammenarbeit	98
7. Bewertung	101
IV. Lobby und PR-Arbeit	103
1. Die unterschiedlichen Interessen von etablierten Unternehmen und Start-ups am Beispiel der Green-Card Regelung	103
2. Die Entwicklung der Verbandsstruktur	106
3. Bewertung	113
V. Die Rolle der EU und anderer Akteure auf internationaler Ebene	114
1. Entwicklungspläne der EU für die Informationsgesellschaft	115
2. Die Förderung des E-Commerce	118
3. Sicherheit im Netz	120
4. Bewertung	122
VI. Die Organe der Selbstregulierung	123
VII. Der Einfluss der Justiz - Die Auswirkungen ausgewählter Gerichtsurteile	126
1. Der Fall Angela Marquardt	127
2. Der Fall Felix Somm	130
3. Der Fall Frederick Töben	135
4. Bewertung	138
VIII. Ergebnisse	139

	Seite
C. Maßnahmen der staatlichen Internetpolitik	142 - 302
I. Grundlagen und Förderung des E-Commerce im Internet	142
1. Umsetzung der E-Commerce-Richtlinie (ECRL) durch das Elektronische Geschäftsverkehr-Gesetz (EGG)	143
a. Das Herkunftslandprinzip	144
b. Befürchtete Verschärfung der Haftungsregelung	146
c. Fehlende Klärung bekannter Probleme	149
d. Bewertung	151
2. Schutz von Urheberrechten	152
a. Die Erben von Napster – „Illegale“ Tauschbörsen im Internet	153
b. Pauschale Geräteabgaben oder Digital Right Management	156
c. Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft	159
d. Bewertung	168
3. Der Flatrate-Streit	169
a. Politische Forderungen nach einer Flatrate	171
b. Flatrate-Intermezzo und erste Flatrate-Entscheidung	173
c. Umsetzung der ersten Flatrate-Entscheidung durch die DTAG und zweite Flatrate-Entscheidung der RegTP	177
d. Auseinandersetzung vor Gericht	179
e. Debatte um den Regulierungsrahmen	182
f. Bewertung	184
4. Besteuerung des E-Commerce	186
a. Anpassungen bestehenden Steuerrechts an den E-Commerce	188
b. Neukonzeptionen zur Besteuerung des E-Commerce	191
c. Bewertung	194
5. Ergebnisse	195
II. Sicherheit im Netz -	
Vorbeugung und Bekämpfung von Internet-Kriminalität	196
1. Sicherung und Schutz von Datenleitungen und Systemen	197
a. E-Mail-Würmer und „Denial-of-Service“-Attacken	198
b. Problem der 0190-Dialer	200

	Seite
c. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)	203
d. Bewertung	206
2. Extremistische Inhalte und Kinderpornographie im Internet	207
a. Selbstkontrolle - „Netz gegen Kinderporno“ und „Netz gegen Rechts“	209
b. Nationale Kooperation – Wiesbadener Erklärung	211
c. Internationale Kooperation – Berliner Erklärung	213
d. Konfrontation – Sperrungsverfügungen der Düsseldorfer Bezirksregierung	216
e. Bewertung	223
3. Jugendschutz im Internet	225
a. Strukturelle Reform der Medienordnung im Bereich Jugendschutz	226
b. Inhaltliche Neuerungen	229
c. Die Auswirkungen des Amoklaufs von Erfurt	231
d. Kritik aus Wirtschaft und Politik	233
e. Bewertung	242
4. Staatliche Überwachung der Online-Kommunikation	244
a. Entwicklung der TKÜV bis 1998	245
b. Entwurf der TKÜV vom Januar 2001	246
c. Kritik von IT-Branche, Medienpolitikern und Datenschützern	249
d. Kompromiss und die Auswirkungen des 11. Septembers 2001	255
e. Kryptographie und Anonymisierungsdienste und die Rolle des BMWi	260
f. Bewertung	265
5. Bestimmungen zum Datenschutz	266
a. Persönliche Daten im internationalen Geschäftsverkehr	268
b. Ansätze zur staatlichen Vorratsdatenspeicherung	273
c. Bewertung	282
6. Ergebnisse	283

	Seite
III. Das Problem der Digitalen Spaltung	285
1. Die Analyse des Status Quo	287
2. Staatliche Gegenmaßnahmen	290
a. Beispiel der Initiative „Schulen ans Netz“	292
b. „Internet für alle“ - Wirkungsgrad in Zahlen	297
3. Bewertung	300
 D. Ergebnisse und Schlussbetrachtung	 302 - 309
I. Die Internationalität des Internet und nationalstaatliche Regelungen	302
II. Föderalismus als Strukturproblem der staatlichen Internetregulierung	306
III. Fehlende Stabilität und fehlende Koordination	307
 Anhang	 311 - 352
Abkürzungsverzeichnis	311
Glossar	313
Bibliographie	322